

Europaweite Vergabe
einer

Rahmenvereinbarung über die
Beschaffung von Gas und Strom in
vier Losen zum Abruf von
Einzelaufträgen durch die
Energiedienste der
Landeshauptstadt Stuttgart GmbH

im
offenen Verfahren nach
nach VgV

VERFAHRENSLEITFADEN

Verfahrensleitfaden

Seite 2 von 26

Inhaltsverzeichnis	Seite
1	Vorbemerkungen..... 5
2	Vergabestelle und Terminologie 5
3	Anzubietende Leistungen 6
3.1	Gegenstand der Leistung 6
3.2	Leistungszeitraum..... 7
4	Angaben zum Vergabeverfahren und dessen Ablauf 8
4.1	Vergabeverfahren 8
4.2	Hauptangebot, Nebenangebot..... 8
4.3	Unklarheiten in den Vergabeunterlagen, Bieterfragen, zusätzliche Auskünfte.... 8
4.4	Bietergemeinschaften, Unterauftragnehmer 9
4.4.1	Bietergemeinschaften 9
4.4.2	Eignungsleihe..... 9
4.4.3	Unterauftragnehmer 10
4.5	Ablauf des Vergabeverfahrens 10
5	Form und Inhalt des Angebots, Zusendung des Angebots..... 14
5.1	Zusendung an die Vergabestelle..... 14
5.2	Nachforderung..... 15

Verfahrensleitfaden

Seite 3 von 26

5.3	Kosten der Angebotserstellung	16
6.	Wertung der Angebote	16
6.1	Zuschlagskriterien (1. Stufe)	16
6.2	Erläuterung der Zuschlagskriterien (1. Stufe – Vergabe des Rahmenvertrags). ..	17
6.2.1	Reaktionsgeschwindigkeit (Los 1 und Los 3)	17
6.2.2	Handelsverfügbarkeit (Los 1 und Los 3).....	18
6.2.3	Produktgranularität (Los 1 und 3)	18
6.2.4	Umsetzungsgeschwindigkeit (Los 2 und 4).....	19
6.2.5	Handelszeitraum (Los 2 und Los 4)	20
6.2.6	Produktlaufzeit (Los 2 und Los 4)	21
6.3	Zuschlagskriterien (2. Stufe – Miniwettbewerb)	22
7	Verschwiegenheitsverpflichtung.....	23
8	Zuschlags- und Bindefrist	24
9	Mitteilungen und Bekanntmachungen	24
9.1	Mitteilungen über nicht berücksichtigte Angebote	24
9.2	Bekanntmachung der Auftragsvergabe	24
10	Ausschluss vom Verfahren, Änderung der Eignung	24
11	Tariftreue und Mindestlohn	25

Energiedienste der Landeshauptstadt Stuttgart GmbH

Europaweite Vergabe von Rahmenvereinbarungen über die Beschaffung von Gas und Strom in vier Losen

Verfahrensleitfaden

Seite 4 von 26

12	Vergabekammer	25
13	Anlagen	25

Verfahrensleitfaden

Seite 5 von 26

1 Vorbemerkungen

Bitte lesen Sie den Leitfaden zur Erstellung des Angebotes sowie die Anlagen sorgfältig durch. Darüber hinaus werden Sie gebeten, unmittelbar die Vollständigkeit der Unterlagen zu überprüfen.

Der Umfang und die Ausgestaltung der zu vergebenden Leistung bestimmen sich nach diesem Leitfaden sowie dessen Anlagen. Zur Abgabe eines Angebots ist das als **Anlage 1** beiliegende Angebotsformular zu verwenden.

Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen. Der Schriftverkehr mit der Vergabestelle ist ausschließlich in deutscher Sprache zu führen.

Die Ihnen vorliegenden Unterlagen dürfen nur im Rahmen dieser Ausschreibung verwendet werden. Eine weitergehende anderweitige Nutzung – gleich welcher Art – ist an die schriftliche Zustimmung der Vergabestelle gebunden.

2 Vergabestelle und Terminologie

Vergabestelle ist die Energiedienste der Landeshauptstadt Stuttgart GmbH (im Folgenden „EDS“).

Auftraggeber der Rahmenvereinbarung und Abrufberechtigte ist die EDS (Los 1 bis 4).

Die EDS werden in den Vergabeunterlagen sowie dessen Anlagen gleichbedeutend auch als "Auftraggeber der Rahmenvereinbarung" oder „Partei B“ bezeichnet. Die Bieter werden gleichbedeutend auch als "Unternehmer", "Auftragnehmer", „Partei A“ oder „Rahmenvereinbarungspartner“ bezeichnet. Auftraggeber und Auftragnehmer werden gemeinsam auch als "Parteien der Rahmenvereinbarung" und "Vertragspartner" bezeichnet. Die abrufberechtigten Auftraggeber und die Auftragnehmer werden gemeinsam auch als "Parteien der Einzelverträge" bezeichnet.

Die Vergabestelle wird in diesem Verfahren beraten und unterstützt von:

Menold Bezler Rechtsanwälte Steuerberater Wirtschaftsprüfer Partnerschaft mbB
Rechtsanwalt Dr. Karsten Kayser
Rechtsanwalt Dr. Florian Krumenaker, LL.M. / Fachanwalt für Vergaberecht
Stresemannstraße 79
70191 Stuttgart

3 Anzubietende Leistungen

Nachfolgend werden die ausgeschriebenen Leistungen einführend dargestellt.

3.1 Gegenstand der Leistung

Gegenstand des Vergabeverfahrens ist der Abschluss von Rahmenvereinbarungen mit der Energiedienste der Landeshauptstadt Stuttgart GmbH (im Folgenden „EDS“) über die Beschaffung von Strom- und Gasmengen am Terminmarkt sowie die Erbringung damit im Zusammenhang stehender energiewirtschaftlicher Handelsleistungen (u.a. Verkauf von Strom- und Gasmengen zur Preisabsicherung) (Stufe 1). Bei den zu schließenden Rahmenvereinbarungen handelt es sich um die als Branchenstandard bekannten EFET-Rahmenverträge für Strom bzw. Gas, sowie der durch die Vergabestelle ausgeprägten Anpassungsvereinbarungen Teil 1 und 2 (gemeinsam jeweils auch „**EFET-Rahmenvertrag**“ bzw. „**Rahmenvereinbarung**“ bzw. „**Rahmenvertrag**“ genannt) (**Anlagen 3a bis 3d**).

Die Rahmenvereinbarungen dienen dem Aufbau eines leistungsfähigen Lieferantenpools je Los. Auf dieser Grundlage erfolgen während der Vertragslaufzeit Einzelabrufe (Stufe 2) durch die EDS.

Es werden folgende Lose gebildet:

- Los 1: Strom RFQ (=Request for Quote)
- Los 2: Strom Konti-Beschaffung
- Los 3: Gas RFQ (=Request for Quote)
- Los 4: Gas Konti-Beschaffung

Es ist beabsichtigt, je Los mit mehreren geeigneten und leistungsfähigen Bietern Rahmenvereinbarungen abzuschließen, um einen Anbieterpool zu bilden. Im Los 1 und 3 sollen mindestens drei bis maximal fünf Rahmenvereinbarungspartner bezuschlagt werden. Im Los 2 und 4 sollen drei Rahmenvereinbarungspartner bezuschlagt werden. Mit diesen Unternehmen schließt die EDS (Los 1 bis 4) jeweils eine Rahmenvereinbarung. Für den Fall, dass weniger als drei Angebote je Los eingehen, kann die Anzahl der Rahmenvertragspartner niedriger ausfallen als die vorgenannte Anzahl an Rahmenvertragspartnern. Die Auswahl der Rahmenvertragspartner erfolgt aufgrund der Platzierung anhand der festgesetzten Zuschlagskriterien.

Verfahrensleitfaden

Seite 7 von 26

Die Rahmenvereinbarungen sind die Basis für die jeweiligen Einzelaufträge (Stufe 2).

Die zukünftigen Rahmenvertragspartner müssen die Anforderungen aus der Leistungsbeschreibung erfüllen (vgl. **Anlage 2a bis 2d** zum Verfahrensleitfaden).

Die zu erbringenden Beschaffungsvolumen während der Laufzeit der Rahmenvereinbarung beziehen sich auf Leistungen im Gesamtvolumen von rund 4.200.000 MWh. Hiervon entfallen 1.000.000 MWh auf Los 1, 1.000.000 MWh auf Los 2, 1.100.000 MWh auf Los 3 und 1.100.000 MWh auf Los 4.

Hinweis der Vergabestelle: Der einzelne Rahmenvertragspartner kann aus Risikogesichtspunkten maximal 70 % der für ein Lieferjahr zu beschaffenden Menge (Maximalmenge) über Einzelverträge kontrahieren. Der Auftraggeber achtet im Rahmen der Mini-Wettbewerbe auf die Einhaltung dieser Regelung. Dies kann zur Folge haben, dass der Rahmenvertragspartner mit dem günstigsten Preis keinen Zuschlag erhält, sollte er mit der über den jeweiligen Miniwettbewerb angefragten Menge über der Maximalmenge liegen. Der Auftraggeber behält sich zudem vor, den betroffenen Rahmenvereinbarungspartner für das betreffende Lieferjahr nicht mehr zu weiteren Angebotsabfragen heranzuziehen. Der Rahmenvertragspartner wird hierüber informiert.

Die Rahmenvereinbarungen sind Grundlage für die jeweiligen Einzelaufträge. Die Vergabe der einzelnen konkreten Lieferleistungen erfolgt auf Stufe 2 im Wege der Einzelauftragsvergabe durch sog. „Miniwettbewerbe“. Die Einzelaufträge werden mittels EFET-Einzelvertrag (**Anlage 3a bis 3d**) vergeben.

Weitere Angaben zum Auftragsgegenstand dieses Vergabeverfahrens enthalten die Vergabeunterlagen, insbesondere der Leistungsbeschreibungen (**Anlage 2a bis 2d**) und der jeweilige EFET-Rahmenvertrag (**Anlage 3a bis 3d**).

Hinweis der Vergabestelle: Fragen zu den als Bestandteil der Vergabeunterlagen vorgegebenen EFET-Rahmenverträgen sind von den Bietern im Rahmen der Angebotsphase rechtzeitig als Bieterfragen zu stellen. Die Vergabestelle behält sich vor, im Rahmen der Beantwortung von Bieterfragen Änderungen, Klarstellungen oder Präzisierungen der Vertragsunterlagen vorzunehmen. Nach Ablauf der Angebotsfrist sind Änderungen oder Verhandlungen zu den Vertragsinhalten – insbesondere zu den EFET-Rahmenverträgen – ausgeschlossen. Es gilt insoweit der vergaberechtliche Grundsatz des Verhandlungsverbots im offenen Verfahren.

3.2 Leistungszeitraum

Die ausgeschriebenen Leistungen (Abschluss von Einzelverträgen zu den Bedingungen der Rahmenvereinbarungen) sind für die Lose 1 bis 4 frühestmöglich, spätestens jedoch beginnend zum 1. August 2026 zu ermöglichen. Die Leistungen werden ungeachtet des Datums der Zuschlagserteilung bis 31. Juli 2030 vergeben werden.

4 Angaben zum Vergabeverfahren und dessen Ablauf

4.1 Vergabeverfahren

Mit Blick auf den Leistungsgegenstand und aufgrund des geschätzten Auftragswerts der zu vergebenden, in den Vergabeunterlagen beschriebenen Leistung erfolgt die Ausschreibung im Offenen Verfahren unter Beachtung der vergaberechtlichen Vorgaben, insbesondere des GWB sowie der VgV.

Das Vergabeverfahren wird gemäß § 15 Abs. 3 VgV aufgrund von Dringlichkeit mit verkürzter Angebotsfrist durchgeführt.

4.2 Hauptangebot, Nebenangebot

Die Abgabe mehrerer Hauptangebote ist unzulässig.

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

4.3 Unklarheiten in den Vergabeunterlagen, Bieterfragen, zusätzliche Auskünfte

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, insbesondere solche, welche die Preisermittlung beeinflussen können, so hat der Bieter die Vergabestelle umgehend darauf hinzuweisen.

Der Bieter hat den Auftraggeber auf evtl. Widersprüche in den Ausschreibungsunterlagen und die evtl. Unvollständigkeit der ausgeschriebenen Leistung unverzüglich aufmerksam zu machen.

Die Bieter haben die Möglichkeit, Fragen zu diesem Vergabeverfahren unter dem Betreff „Europaweite Vergabe von Rahmenvereinbarungen über die Beschaffung von Gas und Strom in vier Losen“ an

eds-rahmenvereinbarung-strom-gas@menoldbezler.de

oder mittels Vergabepattform unter

<https://www.dtyp.de/Satellite/notice/CXP4YMZMJ91/documents>

bis spätestens

29. Juni 2026

zu stellen.

Fragen, die nicht bis zum vorstehenden Termin übermittelt wurden, können grundsätzlich nicht mehr vor dem Ablauf der Angebotsfrist beantwortet werden.

Die Fragen der Bieter werden gesammelt, sortiert und soweit möglich in regelmäßigem Turnus beantwortet. Die Erteilung zusätzlicher Auskünfte erfolgt bis spätestens sechs Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist.

Die zusätzlichen Auskünfte werden ausschließlich auf der Online-Plattform dtyp.de im Projektraum zur Verfügung gestellt.

Bitte beachten Sie: Es obliegt den Bietern, sicherzustellen, dass sie vor Angebotsabgabe mögliche zusätzliche Informationen auf dieser Online-Plattform abgerufen haben bzw. die Online-Plattform auf solche geprüft haben.

Die vor Ende der Angebotsfrist auf oben genannter Plattform veröffentlichten Antworten sind im Rahmen der Angebotserstellung von den Bietern zu beachten und werden Bestandteil der Vergabeunterlagen.

4.4 Bietergemeinschaften, Unterauftragnehmer

4.4.1 Bietergemeinschaften

Geben mehrere Unternehmen ein gemeinschaftliches Angebot ab, so hat die Bietergemeinschaft eine von allen Mitgliedern unterschriebene Erklärung abzugeben. In dieser Erklärung muss die Aufgabenteilung der Bietergemeinschaft für den Auftragsfall organisatorisch dargestellt sein. Darüber hinaus sind alle Mitglieder der Bietergemeinschaft aufzuführen und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter zu benennen. Weiterhin ist zu erklären, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften. Zudem ist eine Erklärung abzugeben, aus der hervorgeht, worin die Motivation zur Bildung einer Bietergemeinschaft liegt.

4.4.2 Eignungsleihe

Ein Bieter kann sich zum Nachweis seiner Eignung auf andere Unternehmen stützen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesem Unternehmen bestehenden Verbindungen (Eignungsleihe). In diesem Fall ist der Vergabestelle nachzuweisen, dass dem Bieter die erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens vorgelegt wird.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bieter zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung nach der Auftragsbekanntmachung hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bewerber auf die Eignung des Unternehmens stützt. Zudem sind für dieses Unternehmen die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 1 bis Abs. 4 GWB, § 124 GWB vorzulegen.

Sofern ein Bieter im Hinblick auf die Kriterien für die finanzielle Leistungsfähigkeit ganz oder teilweise die Kapazitäten anderer Unternehmen einbezieht (Eignungsleihe), haftet/haften diese(s) Unternehmen im Auftragsfalle gemeinsam neben dem Auftragnehmer für die Auftragsausführung.

4.4.3 Unterauftragnehmer

Für nicht eignungsrelevante Nachunternehmer gilt Folgendes: Die Bieter sind bei Angebotsabgabe verpflichtet, die Teile des Auftrags, die sie im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte zu vergeben beabsichtigen, sowie, falls bereits bekannt, die vorgesehenen Unterauftragnehmer zu benennen. Vor Zuschlagserteilung kann die Vergabestelle von den Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, verlangen, die Unterauftragnehmer zu benennen, nachzuweisen, dass ihnen die erforderlichen Mittel dieser Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen und Erklärungen zu den Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 1 bis Abs. 4 GWB, § 124 GWB abzugeben. Einen Unterauftragnehmer, bei dem ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 Abs. 1 bis Abs. 4 GWB vorliegt, muss der Bieter auf Verlangen der Vergabestelle ersetzen. Die Vergabestelle behält sich vor, die Ersetzung eines Unternehmens zu verlangen, bei welchem ein Ausschlussgrund nach § 124 GWB vorliegt. Nimmt der Bieter eine solche Ersetzung nicht oder nicht innerhalb der vorgegebenen Frist vor, führt dies zum Ausschluss des betreffenden Bieters.

4.5 Ablauf des Vergabeverfahrens

Das Vergabeverfahren wird als Offenes Verfahren durchgeführt.

Stufe 1: Abschluss Rahmenvereinbarung

Verfahrensleitfaden

Seite 11 von 26

Die Bieter haben ein verbindliches Angebot abzugeben, das alle geforderten Leistungen und Bestandteile nach **Anlage 1** (Angebotsformular), **Anlage 2** (Leistungsbeschreibung) sowie **Anlage 3a, 3b, 3c bzw. 3d** (EFET-Rahmenvertrag) des Verfahrensleitfadens beinhaltet.

Nach Prüfung und Wertung der Angebote wird den auf Grundlage der Zuschlagskriterien wirtschaftlichsten Angeboten der Zuschlag erteilt.

Bitte beachten Sie: Der Abschluss einer Rahmenvereinbarung begründet keinen Anspruch eines Auftragnehmers gegen den Auftraggeber auf Leistungsabruf, insbesondere begründet die Rahmenvereinbarung keinen Anspruch gegen den Auftraggeber auf Abruf einer bestimmten Mindest- oder Höchstmenge.

Stufe 2: Abschluss der Einzelverträge „Miniwettbewerb“

Nachgelagert, auf zweiter Stufe, erfolgt die Entscheidung über die konkrete Einzelauftragsvergabe auf Grundlage der jeweiligen Rahmenvereinbarungen. Hierfür wird durch den Auftraggeber ein Wettbewerb unter den Rahmenvereinbarungspartnern (sog. „Miniwettbewerb“) durchgeführt. Grundsätzlich gilt für den Miniwettbewerb das unter Ziffer 6.3 dargestellte Prozedere.

Die Auftragsvergabe im Miniwettbewerb läuft dabei wie folgt ab:

Aufruf zur Angebotsabgabe

Los 1 und Los 3:

Vor Vergabe jedes Einzelauftrags konsultiert der Auftraggeber in Textform (z.B. per E-Mail) den Lieferantenpool (Rahmenvertragspartner je Los) gleichzeitig über die bevorstehende Angebotsabfrage (sog. **Vorinformation zum Miniwettbewerb**)

Die **Angebotsabfrage** enthält insbesondere folgende Angaben:

- Lieferrichtung (Kauf/Verkauf)
- das Lieferprodukt (z.B. Base, Peak, Fahrplan),
- die Leistung/Energiemenge,
- den Produktlaufzeit (Jahr, Quartal, Monat),

Verfahrensleitfaden

Seite 12 von 26

- etwaige weitere preisrelevante Parameter sowie
- die maßgebliche Angebotsfrist und Bindefrist.

Der Auftraggeber setzt eine angemessene Frist für die Abgabe der Angebote (Angebotsfrist) für jeden Einzelauftrag; dabei berücksichtigt er die Komplexität des Auftragsgegenstands und die für die Übermittlung der Angebote erforderliche Zeit. Sollte innerhalb der Frist kein Angebot für einen Einzelauftrag abgegeben werden, bleibt der Rahmenvereinbarungspartner bei dieser Abfrage unberücksichtigt. Eine Verpflichtung der Rahmenvereinbarungspartner zur Teilnahme an den Miniwettbewerben besteht nicht.

Die Durchführung des Miniwettbewerbs sowie die Angebotsabgabe erfolgen zuvörderst ausschließlich über die vom Auftraggeber vorgegebene elektronische Handelsplattform En-macc. Die Einzelabrufe erfolgen dabei über die dort vorgesehenen Handelsmechanismen, namentlich „good-till-date“ (Variante 1) oder „good-till-canceled“ (Variante 2).

Sollte die Nutzung der Plattform im Einzelfall technisch nicht möglich sein (z.B. aufgrund von Systemstörungen), erfolgt die Angebotsabgabe ausnahmsweise in Textform per E-Mail nach folgender Maßgabe:

Die Vergabestelle wird nach Ablauf der in der Vorankündigung mitgeteilten Angebotsfrist und vor Ablauf der ebenfalls mitgeteilten Bindefrist einen Zuschlag auf das zum Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist wirtschaftlichste Angebot erteilen.

Die Bieter sind während der Angebotsfrist berechtigt, ihre Angebote zurückzunehmen oder anzupassen. Nach Ablauf der Angebotsfrist beginnt die Bindefrist. Die Angebote können während der Bindefrist nicht einseitig zurückgezogen werden. Die Bindefrist im Angebot ist identisch mit der angekündigten Zuschlagsfrist. An zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung beim Auftraggeber vorliegende Angebote ist der Bieter gebunden, sofern die Zuschlagserteilung innerhalb der Binde- und Zuschlagsfrist erfolgt.

Die eingehenden Angebote werden – im Falle der Nutzung der Handelsplattform automatisiert, im Übrigen durch den Auftraggeber – nach Maßgabe der Zuschlagskriterien ausgewertet und in eine Rangfolge gebracht. Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Einziges Zuschlagskriterium ist der Preis.

Sofern die von einem Rahmenvereinbarungspartner für das jeweilige Lieferjahr insgesamt bezuschlagte Menge 70 % der insgesamt für das jeweilige Lieferjahr zu beschaffenden Menge überschreitet, bleibt das betreffende Angebot bei der Zuschlagserteilung unberücksichtigt; der Zuschlag wird auf das nächstwirtschaftlichste Angebot erteilt. Der Auftraggeber

Verfahrensleitfaden

behält sich zudem vor, den betroffenen Rahmenvereinbarungspartner für das betreffende Lieferjahr nicht mehr zu weiteren Angebotsabfragen heranzuziehen. Der Rahmenvertragspartner wird hierüber informiert.

Die Dokumentation der Angebotsabfrage und der Zuschlagsentscheidung erfolgt im Falle der Nutzung der Handelsplattform regelmäßig automatisiert; im Falle einer Angebotsabgabe per E-Mail erfolgt sie durch den Auftraggeber.

Den Vertragspartnern steht es frei, nach Zuschlagserteilung eine Bestätigung des jeweiligen Einzelvertrages an die jeweils andere Partei zu versenden.

Los 2 und Los 4:

Vor Vergabe jedes Einzelauftrags konsultiert der Auftraggeber in Textform per E-Mail an den Lieferantenpool gleichzeitig über die bevorstehende Angebotsabfrage (sog. **Vorinformation zum Miniwettbewerb**).

Die **Angebotsabfrage** enthält insbesondere folgende Angaben:

- Lieferrichtung (Kauf)
- das Lieferprodukt (z.B. Base, Peak, Fahrplan),
- die Leistung/Energiemenge,
- den Beschaffungszeitraum (Zeitraum, in welchem die Energiemenge ohne weiteres Zutun des Auftraggebers in regelmäßigen Abständen (z. B. werktäglich) auf Grundlage eines Index (z.B. Strom: Phelix Future Base (EEX) Cal) beschafft wird)
- Produktlaufzeit (Jahr, Quartal, Monat),
- die anzuwendende Preisabfragemethodik (nur Aufschlag oder Preisformel),
- die zugrunde gelegten Referenzmärkte bzw. Preisparameter (z. B. EEX Settlementpreise für Base und/oder Peak),
- etwaige weitere preisrelevante Parameter sowie
- die maßgebliche Angebotsfrist bzw. Bindefrist.

Die Angebotsabgabe erfolgt in Textform per E-Mail.

Der Auftraggeber setzt eine angemessene Frist für die Abgabe der Angebote für jeden Einzelauftrag; dabei berücksichtigt er die Komplexität des Auftragsgegenstands und die für die Übermittlung der Angebote erforderliche Zeit. Sollte innerhalb der Frist kein Angebot für einen Einzelauftrag abgegeben werden, bleibt der Rahmenvereinbarungspartner bei dieser Abfrage unberücksichtigt.

Eine Verpflichtung der Rahmenvereinbarungspartner zur Teilnahme an den Miniwettbewerben besteht nicht. Nimmt ein Rahmenvereinbarungspartner jedoch daran teil, ist er an sein Angebot bis zum Ablauf der im Miniwettbewerb genannten vorgegebenen Bindefrist gebunden. Die Bindefrist im Angebot ist identisch mit der angekündigten Zuschlagsfrist.

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Einziges Zuschlagskriterium ist der Preis.

Die Bewertung erfolgt dabei entweder anhand des angebotenen Festpreises (= angebotener Aufschlag in €/MWh) oder – im Falle von Preisformeln – anhand eines einheitlichen Bewertungspreises, der unter Heranziehung der in der Angebotsabfrage festgelegten Referenzpreise ermittelt wird.

Sofern die von einem Rahmenvereinbarungspartner für das jeweilige Lieferjahr insgesamt bezuschlagte Menge 70 % der insgesamt zu beschaffenden Menge überschreitet, bleibt das betreffende Angebot bei der Zuschlagserteilung unberücksichtigt; der Zuschlag wird auf das nächstwirtschaftlichste Angebot erteilt. Der Auftraggeber behält sich zudem vor, den betroffenen Rahmenvereinbarungspartner für das betreffende Lieferjahr nicht mehr zu weiteren Angebotsabfragen heranzuziehen. Der Rahmenvertragspartner wird hierüber informiert.

Die Dokumentation der Angebotsabfrage, der Angebotsauswertung sowie der Zuschlagsentscheidung erfolgt durch den Auftraggeber.

Angebotsprüfung und Zuschlag im „Miniwettbewerb“ (Los 1 bis Los 4)

Der Abrufberechtigte vergibt den einzelnen konkreten Auftrag an den Rahmenvereinbarungspartner, der auf der Grundlage der unter Ziffer 6.3 genannten Zuschlagskriterien für den Miniwettbewerb das wirtschaftlichste Angebot abgegeben hat.

5 Form und Inhalt des Angebots, Zusendung des Angebots

5.1 Zusendung an die Vergabestelle

Verfahrensleitfaden

Seite **15** von **26**

Die Angebotsübermittlung hat mithilfe elektronischer Mittel über das Online-Vergabeportal dtvp.de zu erfolgen. Diese erfolgt im Projektraum über den Menüpunkt „Angebote“. Dort wird das kostenlose „Bietertool“ bereitgestellt, welches eine separate Installation erfordert.

Voraussetzung für die Nutzung des Bietertools ist eine entsprechende Java-Laufzeitumgebung (JRE), welche kostenfrei unter <http://www.java.com/> bezogen werden kann, sofern diese nicht bereits auf dem Rechner installiert ist. Je nach Betriebsumgebung sind für die Installation der Laufzeitumgebung bzw. des Bietertools u.U. administrative Rechte erforderlich.

Die Dateien sollen im Dateiformat „pdf“ eingereicht werden. Das Leistungsverzeichnis ist zudem als GAEB-Datei einzureichen.

Es wird empfohlen, rechtzeitig vor Ende der Angebotsfrist die Übermittlung des Angebots zu testen. Bei technischen Problemen und Fragen in diesem Zusammenhang finden Sie unter www.dtv.de weitergehende Informationen. Die Vergabestelle kann zu technischen Fragen im Zusammenhang mit der Angebotsabgabe grundsätzlich keine Auskünfte erteilen.

Anderweitig auf elektronischem Wege übermittelte Angebote, wie z.B. per Telefax oder E-Mail, sowie schriftliche Angebote sind nicht zugelassen.

Das Angebot ist spätestens bis zum

6. Juli 2026, 12:00 Uhr

einzureichen.

Berichtigung oder Änderungen des Angebots:

Nachträgliche Berichtigungen oder Änderungen des Angebots sind nur bis zum Ablauf der Angebotsfrist möglich. Berichtigungen oder Änderungen müssen zweifelsfrei zuzuordnen sein. Angebote in denen Änderungen des Bieters nicht zweifelsfrei sind, werden ausgeschlossen. Für die Einreichung der Berichtigungen oder Änderungen gelten die Maßgaben dieses Verfahrensleitfadens entsprechend. Die Wertung des Angebots erfolgt dann ohne die Berichtigungen oder Änderungen.

Die Einreichung der Berichtigungen oder Änderungen ist über das Bietertool möglich.

5.2 Nachforderung

Verfahrensleitfaden

Die Vergabestelle behält sich vor, die Bieter im Rahmen des vergaberechtlich Zulässigen aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen.

Ein Anspruch der Bieter hierauf besteht nicht.

5.3 Kosten der Angebotserstellung

Für das Bearbeiten und Erstellen des Angebots wird den Bietern keine Entschädigung gewährt.

6. Wertung der Angebote**6.1 Zuschlagskriterien (1. Stufe)**

Bei der Vergabe der mindestens drei bis maximal fünf (Los 1 und Los 3) bzw. drei (Los 2 und Los 4) Rahmenvereinbarungen (Phase 1) gelten folgende Kriterien.

Los 1 und Los 3:

Die Bewertung der Angebote und damit die Auswahl der drei bis maximal fünf wirtschaftlichsten Angebote je Los erfolgt auf der Grundlage der nachfolgenden Bewertungsmatrix:

Position	Kriterium	Gewichtung in Punkten
1	Reaktionsgeschwindigkeit	50
2	Handelsverfügbarkeit	10
3	Produktgranularität	40
GESAMT		100

Los 2 und Los 4:

Die Bewertung der Angebote und damit die Auswahl der drei wirtschaftlichsten Angebote je Los erfolgt auf der Grundlage der nachfolgenden Bewertungsmatrix:

Position	Kriterium	Gewichtung in Punkten
----------	-----------	-----------------------

1	Umsetzungsgeschwindigkeit	20
2	Handelszeitraum	40
3	Produktlaufzeit	40
GESAMT		100

Für den Fall, dass mehrere Angebote nach Anwendung der Zuschlagskriterien punktgleich bewertet sind und hierdurch die vorgesehene Anzahl der zu bezuschlagenden Angebote überschritten wird, entscheidet zwischen diesen Angeboten das Los.

6.2 Erläuterung der Zuschlagskriterien (1. Stufe – Vergabe des Rahmenvertrags)

6.2.1 Reaktionsgeschwindigkeit (Los 1 und Los 3)

Gegenstand der Bewertung ist die vom Bieter garantierte maximale Zeitspanne zwischen Vorankündigung einer Angebotsanfrage und Abgabe eines verbindlichen Angebots.

Die Bieter haben hierzu im Angebotsformular eine maximale Reaktionszeit in Minuten anzugeben.

Die Bewertung erfolgt nach folgendem Grundsatz:

Je kürzer die angebotene Reaktionszeit, desto höher die Punktzahl. Die Bewertung erfolgt mittels linearer Interpolation zwischen der besten (kürzeste Reaktionszeit) und der maximal zulässigen Reaktionszeit (60 Minuten).

Das Angebot mit der kürzesten Reaktionszeit erhält die maximale Punktzahl. Das Angebot mit einer Reaktionszeit von 60 Minuten erhält 0 Punkte.

Die Punktebewertung der übrigen Angebote erfolgt nach folgender Berechnungsformel:

$$\text{Punkte} = 50 \times (60 - \text{Reaktionszeit Bieter}) / (60 - \text{Reaktionszeit bestes Angebot})$$

Maßgeblich ist jeweils die im Angebot verbindlich zugesicherte maximale Reaktionszeit.

Die Bewertung erfolgt auf zwei Dezimalstellen kaufmännisch gerundet.

Sofern alle wertbaren Angebote identische Reaktionszeiten aufweisen, erhalten alle Bieter die maximale Punktzahl.

Hinweis der Vergabestelle: Unzulässig sind Reaktionszeiten, die die in der Leistungsbeschreibung festgelegte maximale Reaktionszeit von 60 Minuten überschreiten. Entsprechende Angebote werden vom Vergabeverfahren ausgeschlossen.

6.2.2 Handelsverfügbarkeit (Los 1 und Los 3)

Gegenstand der Bewertung ist die über die Mindestanforderungen hinausgehende zeitliche Verfügbarkeit des Handelsdesks für die Abgabe von Angeboten im Rahmen des RFQ-Verfahrens.

Die Mindestanforderung Handelsverfügbarkeit werktags (nicht an Feiertagen) von Montag bis Freitag von 09:00 Uhr bis 15:30 Uhr ist als Muss-Anforderung in der Leistungsbeschreibung festgelegt und nicht Gegenstand der Bewertung.

Bewertet wird ausschließlich die darüber hinausgehende Handelsverfügbarkeit. Maßgeblich ist die vom Bieter im Angebotsformular verbindlich zugesicherte Erweiterung der Handelszeiten.

Die Bewertung erfolgt anhand der folgenden Kriterien:

- Erweiterung der Handelszeiten werktags bis 17:00 Uhr
- Erweiterung der Handelszeiten werktags ab 08:30 Uhr

Die Punktevergabe erfolgt wie folgt:

- 10 Punkte: Erweiterung sowohl ab 08:30 Uhr als auch bis 17:00 Uhr
- 5 Punkte: Erweiterung nur in einer der beiden Richtungen
- 0 Punkte: keine Erweiterung

Maßgeblich sind die im Angebot verbindlich zugesicherten Handelszeiten. Diese werden Bestandteil der Rahmenvereinbarung.

6.2.3 Produktgranularität (Los 1 und 3)

Gegenstand der Bewertung ist die Fähigkeit des Bieters, Strom- bzw. Gasprodukte mit einer möglichst feinen mengenbezogenen Auflösung anzubieten und damit eine flexible sowie bedarfsgerechte Beschaffung im RFQ-Verfahren zu ermöglichen.

Verfahrensleitfaden

Die Bieter haben hierzu im Angebotsformular die kleinste von ihnen angebotene handelbare Leistungseinheit (Granularität) in MW anzugeben.

Die Bewertung erfolgt nach folgendem Grundsatz:

Je kleiner die angebotene handelbare Leistungseinheit, desto höher die Punktzahl. Die Bewertung erfolgt mittels linearer Interpolation zwischen der Mindestanforderung (0,1 MW) und der besten angebotenen Granularität (kleinste angebotene Leistungseinheit).

Das Angebot mit der kleinsten angebotenen handelbaren Leistungseinheit erhält die maximale Punktzahl. Ein Angebot, das lediglich die Mindestanforderung von 0,1 MW erfüllt, erhält 0 Punkte.

Die Punktebewertung der übrigen Angebote erfolgt nach folgender Berechnungsformel:

$$\text{Punkte} = 40 \times (0,1 - \text{Granularität Bieter}) / (0,1 - \text{Granularität bestes Angebot})$$

Maßgeblich ist jeweils die im Angebot verbindlich zugesicherte kleinste handelbare Leistungseinheit.

Die Bewertung erfolgt auf zwei Dezimalstellen kaufmännisch gerundet.

Sofern alle wertbaren Angebote identische Granularitäten aufweisen, erhalten alle Bieter die maximale Punktzahl.

Hinweis der Vergabestelle: Unzulässig sind Angebote, die die in der Leistungsbeschreibung festgelegte Mindestgranularität von 0,1 MW überschreiten oder nicht erfüllen. Entsprechende Angebote werden vom Vergabeverfahren ausgeschlossen.

6.2.4 Umsetzungsgeschwindigkeit (Los 2 und 4)

Gegenstand der Bewertung ist die vom Bieter garantierte maximale Zeitspanne zwischen Abruf eines Beschaffungsauftrags durch die EDS (Einzelabruf) und der erstmaligen Marktausführung.

Die Bieter haben hierzu im Angebotsformular eine maximale Umsetzungszeit in Stunden anzugeben.

Die Bewertung erfolgt nach folgendem Grundsatz:

Verfahrensleitfaden

Seite 20 von 26

Je kürzer die angebotene Umsetzungszeit, desto höher die Punktzahl. Die Bewertung erfolgt mittels linearer Interpolation zwischen der besten (kürzeste Umsetzungszeit) und der maximal zulässigen Umsetzungszeit (48 Stunden).

Das Angebot mit der kürzesten Umsetzungszeit erhält die maximale Punktzahl von 20 Punkten. Ein Angebot mit einer Umsetzungszeit von 48 Stunden erhält 0 Punkte.

Die Punktebewertung der übrigen Angebote erfolgt nach folgender Berechnungsformel:

$$\text{Punkte} = 20 \times (48 - \text{Umsetzungszeit Bieter}) / (48 - \text{Umsetzungszeit bestes Angebot})$$

Maßgeblich ist jeweils die im Angebot verbindlich zugesicherte maximale Umsetzungszeit.

Die Bewertung erfolgt auf zwei Dezimalstellen kaufmännisch gerundet.

Sofern alle wertbaren Angebote identische Umsetzungszeiten aufweisen, erhalten alle Bieter die maximale Punktzahl.

Hinweis der Vergabestelle: Unzulässig sind Umsetzungszeiten, die die in der Leistungsbeschreibung festgelegte maximale Umsetzungszeit von 48 Stunden überschreiten. Entsprechende Angebote werden vom Vergabeverfahren ausgeschlossen.

6.2.5 Handelszeitraum (Los 2 und Los 4)

Gegenstand der Bewertung ist die Fähigkeit des Bieters, Strom- bzw. Gasprodukte über einen längeren Zeitraum im Voraus am Terminmarkt anzubieten.

Die Mindestanforderung besteht darin, dass der Bieter Produkte mit einem Handelszeitraum von mindestens einem Jahr anbieten kann. Diese Mindestanforderung ist zwingend und nicht Gegenstand der Bewertung.

Bewertet wird ausschließlich ein über die Mindestanforderung hinausgehender Handelszeitraum.

Die Bieter haben hierzu im Angebotsformular verbindlich anzugeben, für welchen maximalen Zeitraum im Voraus (in Jahren) sie die Lieferung von Standardprodukten zusichern können.

Die Bewertung erfolgt anhand des folgenden Schemas:

- Handelszeitraum von mindestens 3 Jahren: 40 Punkte

Verfahrensleitfaden

- Handelszeitraum von mindestens 2 Jahren: 20 Punkte
- Handelszeitraum von weniger als 2 Jahren (aber mindestens 1 Jahr): 0 Punkte

Maßgeblich ist der im Angebot verbindlich zugesicherte maximale Handelszeitraum.

Die angegebene Fähigkeit zum Handel über den jeweiligen Zeitraum wird Bestandteil der Rahmenvereinbarung.

Hinweis der Vergabestelle: Unzulässig sind Angebote, die die in der Leistungsbeschreibung festgelegte Mindestanforderung von einem Jahr unterschreiten oder nicht erfüllen. Entsprechende Angebote werden vom Vergabeverfahren ausgeschlossen.

6.2.6 Produktlaufzeit (Los 2 und Los 4)

Gegenstand der Bewertung ist die Fähigkeit des Bieters, unterschiedliche Produktlaufzeiten (Jahr, Quartal und Monat) am Terminmarkt anzubieten und dadurch eine flexible sowie strukturierte Beschaffung zu ermöglichen.

Die Mindestanforderung besteht darin, dass der Bieter Jahresprodukte (Kalenderjahresprodukte) anbieten kann. Diese Mindestanforderung ist zwingend und nicht Gegenstand der Bewertung.

Bewertet wird ausschließlich eine über die Mindestanforderung hinausgehende Produktlaufzeit.

Die Bieter haben hierzu im Angebotsformular verbindlich anzugeben, welche Laufzeiten sie anbieten können. Maßgeblich sind insbesondere folgende Produktlaufzeiten:

- Jahresprodukte
- Quartalsprodukte
- Monatsprodukte

Die Bewertung erfolgt anhand des folgenden Schemas:

- Angebot von Jahres-, Quartals- und Monatsprodukten: 40 Punkte
- Angebot von Jahres- und Quartalsprodukten: 20 Punkte

Verfahrensleitfaden

- Angebot von ausschließlich Jahresprodukten: 0 Punkte

Maßgeblich ist der im Angebot verbindlich zugesicherte Umfang der angebotenen Produktlaufzeit.

Die angegebene Produktverfügbarkeit wird Bestandteil der Rahmenvereinbarung.

Hinweis der Vergabestelle: Unterschreitet ein Angebot die Mindestanforderung (Angebot von Jahresprodukten), ist es von der Wertung auszuschließen.

6.3 Zuschlagskriterien (2. Stufe – Miniwettbewerb)

Der Auftraggeber vergibt den einzelnen konkreten Auftrag (Einzelvertrag) im Miniwettbewerb an den Rahmenvereinbarungspartner je Los. Einziges Zuschlagskriterium ist der Preis (Euro /MWh).

Los 1 und Los 3 (RFQ-Verfahren):

Die Bewertung der Angebote erfolgt auf Grundlage des vom Bieter angebotenen Preises in Euro pro MWh (EUR/MWh) für die jeweils angefragte Energiemenge.

Der Zuschlag wird auf das Angebot mit dem niedrigsten Preis erteilt.

Los 2 und Los 4 (Kontinuierliche Beschaffung):

Die Bewertung der Angebote erfolgt auf Grundlage der jeweils im Rahmen der Angebotsabfrage vorgegebenen Preisabfragemethodik. Der Auftraggeber unterscheidet dabei zwischen zwei Varianten:

Variante 1: Standardprodukte (Base und/oder Peak)

Bei Angebotsabfragen für Standardprodukte (insbesondere Base und/oder Peak) geben die Bieter einen Preis in Euro pro MWh (EUR/MWh) für den angebotenen Aufschlag an.

Der Zuschlag wird auf das Angebot mit dem niedrigsten angebotenen Aufschlag erteilt. Der Preis für das angefragte Standardprodukt setzt sich zusammen aus dem für alle Auftragnehmer geltenden Settlementpreis für das angefragte Standardprodukt zzgl. individuell angebotenem Aufschlag.

Variante 2: Nicht-Standardprodukte (Fahrplanmodelle)

Verfahrensleitfaden

Bei Angebotsabfragen für Nicht-Standardprodukte auf Basis vorgegebener Fahrpläne (mit unterschiedlichen Leistungswerten je Viertelstunde, Stunde für Strom bzw. Tag für Gas erfolgt die Angebotswertung anhand einer vom Bieter angebotenen Preisformel.

Die Bieter haben hierzu die folgenden Parameter anzubieten:

- a = Gewichtungsfaktor Base auf 3 Dezimalstellen gerundet
- b = Gewichtungsfaktor Peak auf 3 Dezimalstellen gerundet
- c = Aufschlag des Bieters (€/MWh)

Zur Ermittlung eines vergleichbaren Bewertungspreises werden sämtliche Angebote anhand eines einheitlichen Referenzwerts bewertet. Hierzu wird die jeweilige Preisformel mit den Settlementpreisen für Base und Peak eines im Rahmen der Angebotsabfrage festgelegten Stichtags angewendet:

Bewertungspreis = $(a \times \text{Settlementpreis Base in €/MWh} + b \times \text{Settlementpreis Peak in €/MWh}) + c \text{ in €/MWh}$

Der Zuschlag wird auf das Angebot mit dem niedrigsten so ermittelten Bewertungspreis erteilt.

Sofern die maßgeblichen Settlementpreise am festgelegten Stichtag nicht verfügbar sind, wird auf den nächstverfügbaren Stichtag abgestellt.

Festlegung der anzuwendenden Variante

Der Auftraggeber entscheidet im jeweiligen Miniwettbewerb nach pflichtgemäßem Ermessen, welche der beiden Varianten zur Anwendung kommt.

Die jeweils anzuwendende Preisabfragemethodik wird den Rahmenvereinbarungspartnern rechtzeitig vor Durchführung des Miniwettbewerbs im Rahmen einer Vorinformation oder spätestens mit der Angebotsabfrage mitgeteilt.

7 Verschwiegenheitsverpflichtung

Mit der Abgabe des Angebots verpflichten sich die Bieter zur vertraulichen Behandlung aller im Rahmen des Vergabeverfahrens zur Verfügung gestellten Informationen.

Verfahrensleitfaden

Die von der Vergabestelle zur Verfügung gestellten Unterlagen dürfen von den Bietern nicht weitergegeben werden. Davon ausgenommen sind Berater und Nachunternehmer der Bieter bzw. Bietergemeinschaften, wenn diese nachweisbar zur Wahrung der Vertraulichkeit in derselben Weise verpflichtet worden sind.

8 Zuschlags- und Bindefrist

Mit Ablauf der Angebotsfrist beginnt die Zuschlags- und Bindefrist. Der Bieter ist bis zum Ablauf des 31. Juli 2026 an sein Angebot gebunden. Das Angebot kann während der Zuschlags- bzw. Bindefrist nicht zurückgezogen werden.

9 Mitteilungen und Bekanntmachungen

9.1 Mitteilungen über nicht berücksichtigte Angebote

Die Zuschlagserteilung soll durch den Auftraggeber nach Möglichkeit bis Ende Juli 2026 erfolgen. Die Vergabestelle informiert die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, mindestens 10 Kalendertage vor Vertragsabschluss per Fax, E-Mail oder Online-Vergabepattform über den Namen des Bieters, dessen Angebot angenommen werden soll, über den Grund der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihrer Angebote sowie den frühesten Zeitpunkt des beabsichtigten Vertragsschlusses.

9.2 Bekanntmachung der Auftragsvergabe

Mit der Abgabe seines Angebots erklärt sich der Bieter damit einverstanden, dass im Fall der Zuschlagserteilung auf sein Angebot sein Name bekannt gegeben wird. Sofern Gründe geltend gemacht werden, die gegen eine Bekanntmachung sprechen, entscheidet der Auftraggeber nach pflichtgemäßem Ermessen.

10 Ausschluss vom Verfahren, Änderung der Eignung

Ausgeschlossen werden Angebote, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten.

Wettbewerbsbeschränkende Absprachen führen ebenfalls zum Ausschluss des Angebots.

Die Vergabestelle weist darauf hin, dass die Eignung der Bieter während des gesamten Vergabeverfahrens fortbestehen muss. Die Vergabestelle ist daher zur erneuten Prüfung der Bietereignung verpflichtet, sofern der Auftraggeber von Sachverhalten Kenntnis erlangt,

Verfahrensleitfaden

Seite **25** von **26**

die die Eignung des Bieters (Bieter oder Mitglieder einer Bietergemeinschaft) für die Erbringung der ausgeschriebenen Leistung in Frage stellen könnten.

Um der Vergabestelle die Prüfung des Fortbestands der Bieterreignung zu ermöglichen, sind die Bieter verpflichtet, die Vergabestelle über alle Umstände, die eine erneute Beurteilung der Eignung des Bieters (Bieter oder Mitglieder einer Bietergemeinschaft) begründen können, zu informieren. Hierzu zählen auch beabsichtigte Unternehmensumwandlungen nach dem UmwG. Die Vergabestelle ist jederzeit berechtigt, aktualisierte Eignungsnachweise zu verlangen.

Die Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

11 Tariftreue und Mindestlohn

Am 1. Juli 2013 ist das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz (LTMG) in Kraft getreten. Danach dürfen öffentliche Aufträge ab einem geschätzten Auftragswert von EUR 20.000,00 (netto) nur an Unternehmen vergeben werden, die sich bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, die Tariftreuepflichten nach § 3 LTMG zu erfüllen und die Zahlung des Mindestentgelts nach § 4 LTMG zu gewährleisten.

Der Auftraggeber behält sich vor, bei Angebotsabgabe nicht beiliegende bzw. den Anforderungen formal bzw. inhaltlich nicht genügende Erklärungen unter Fristsetzung nachzufordern. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht. Fehlt eine Verpflichtungserklärung auch nach Nachforderung, so ist das Angebot von der Wertung auszuschließen.

12 Vergabekammer

Zuständige Vergabekammer ist die

Vergabekammer Baden- Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe
Kapellenstraße 17
76131 Karlsruhe
Fax: +49 7219263985.

13 Anlagen

Neben dem vorliegenden Leitfaden sind die folgenden Anlagen nebst deren Anhängen unmittelbarer Teil und Gegenstand des Vergabeverfahrens:

- Anlage 1 Angebotsformular

Energiedienste der Landeshauptstadt Stuttgart GmbH

Europaweite Vergabe von Rahmenvereinbarungen über die Beschaffung von Gas und Strom in vier Losen

Verfahrensleitfaden

Seite **26** von **26**

- Anlage 2a Leistungsbeschreibung Los 1
- Anlage 2b Leistungsbeschreibung Los 2
- Anlage 2c Leistungsbeschreibung Los 3
- Anlage 2d Leistungsbeschreibung Los 4
- Anlage 3a EFET-Rahmenvertrag Strom-RFQ (Los 1)
- Anlage 3b EFET-Rahmenvertrag Strom-Konti (Los 2)
- Anlage 3c EFET-Rahmenvertrag Gas-RFQ (Los 3)
- Anlage 3d EFET-Rahmenvertrag Gas-Konti (Los 4)
- Anlage 4 Information DSGVO